

**II-2423 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode**

Nr. 1204 1.1

1985-03-20 D R I N G L I C H E A N F R A G E

der Abgeordneten Staudinger, Dr.Schwimmer, Ingrid Tichy-Schreder  
Dr.Puntigam, Dr.Hafner  
und Kollegen  
an den Bundeskanzler  
betreffend notwendige Verbesserung der sozialen Lage in Österreich

Die Sozialisten sind 1970 mit dem Slogan vom Kampf gegen die Armut angetreten. Dr.Kreisky erklärte: "Wir werden alles daransetzen, um die Armut in Österreich, von der noch immer eine dreiviertel Million Menschen betroffen sind, zu liquidieren" (Arbeiterzeitung vom 29.3.1970). 15 Jahre später hat der sozialistische Sozialminister Dallinger den Kampf gegen die Armut aufgegeben. Am 2.12.1984 stellte der Sozialminister im KURIER fest, "daß der Kampf gegen die Armut nicht gewinnbar ist".

Die Österreichische Volkspartei hat den Kampf gegen die Armut nie aufgegeben. Ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik hat die notwendige Verbesserung der sozialen Lage in Österreich zum Ziel und sie unternimmt alles, um die Regierung endlich zum Handeln zu veranlassen.

Der Lebensstandard der sozial Schwachen ist aber durch die Politik der Regierung Sinowatz/Steger nicht mehr gewährleistet.

Die alarmierenden Signale für das Anwachsen einer neuen Armut sind:

- o 790.000 Österreicher müssen mit rund 4.500 S im Monat auskommen, leben also an der Armutsgrenze. In jedem zehnten Arbeitnehmerhaushalt liegt das Monatseinkommen sogar unter 4.100 S pro Kopf.

-2-

- o Binnen drei Jahren hat sich die Zahl der Empfänger von Notstandshilfen verdreifacht. Die Stadt Wien mußte die Ausgaben für Notstandsunterstützungen, Mietzinsbeihilfen, Heizkostenzuschüsse, etc. seit 1978 aufgrund der steigenden Armut auf mehr als 3 Mrd. S verdoppeln. So stiegen z.B. die Ausgaben für die Hilfe zur Sicherung des Lebensbedarfs (Notstandshilfe) allein innerhalb des letzten Jahres in Wien um 70 %.
- o Fast 200.000 Arbeitssuchende im Jänner 1985. Jeder dritte Arbeitslose findet länger als ein halbes Jahr, jeder siebente sogar länger als ein Jahr keine Stelle.
- o Die Verschuldung vor allem der Pensionistenhaushalte und der kinderreichen Familien nimmt zu: so sind z.B. in Wien fast 14.000 Mietzinsrückstände zu verzeichnen, 18.300 Strom- und Gasbezieher sind mit ihren Zahlungen im Rückstand, wobei davon 14.400 mehr als 6 Monate mit ihren Zahlungen in Verzug sind.
- o Für 1985 ist aufgrund der 3,3%igen Pensionserhöhung zum fünften Mal innerhalb der letzten 6 Jahre ein realer Einkommensverlust für die Pensionisten zu erwarten.
- o Inflation, wachsende Steuerprogression und die massive Versteuerung der Energie- und Wohnungskosten führen in vielen Fällen zu einem dramatischen Absinken des Lebensstandards.

Die Politik der sozialistischen Koalitionsregierung kann jedoch für die Probleme der neuen Armut keine Lösungen anbieten. Die Konsequenzen der falschen Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung haben vor allem die sozial Schwachen zu tragen:

- o Heizen  
1982 gabe es in Wien 15.000 Sozialfälle, 1983 aber 170.000 - das ist jeder neunte Bewohner. 14.000 Familien bleiben der Gemeinde die Miete schuldig.

-3-

Mehr als 30.000 Wiener haben ein Einkommen, das sie unter die Armutsgrenze drückt. Binnen fünf Jahren verdoppelte sich die Zahl der Empfänger von Wohnbeihilfen, stiegen die Ausgaben für Sozialhilfe auf das 3,5fache.

o Familie

Da die wirtschaftliche Entwicklung und der zunehmende Steuerdruck die finanzielle Lage der Familien verschlechtern, reicht heute oft ein Einkommen nicht mehr aus.

Bei Alleinverdienerfamilien mit zwei Kindern leben 9 % der Angestellten, 24 % der öffentlich Bediensteten und 25 % der Arbeiter unter der Armutsgrenze.

Ein Viertel aller Arbeiterinnen mit einem Kind muß mit weniger Geld auskommen als ein Mindestrentner.

o Bauern

Bauern nehmen Kredite und verpfänden ihren Boden, um ihre Beiträge zur Sozialversicherung bezahlen zu können. Kleinbauern pendeln 170 Kilometer weit.

Zweimal hat die sozialistische Regierung versucht, die Mindestrenten von Bauern zu kürzen. Von 1000 Bauern haben 390 nur den Mindestbezug.

Der Beitrag der sozialistischen Regierung: Die Belastung der Bauern durch die Beiträge zur Sozialversicherung stieg in den letzten Jahren um 400 Prozent.

o Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit ist eine besonders harte Form der Armut: die Arbeitslosigkeit - vor allem unter den jungen Menschen. Im Jänner waren 54.000 Jugendliche vorgemerkt, wobei der Anteil der langfristigen Jugendarbeitslosigkeit (mehr als 6 Monate) gegenüber 1981 um mehr als 70 % stieg.

Jeder dritte Arbeitslose ist ein Jugendlicher; unter den 19- bis 25jährigen macht die Arbeitslosenrate schon 8 % aus.

-4-

Das führt nicht nur zu Engpässen und Notfällen in den betroffenen Familien, sondern auch zu einer Unterbrechung der Ausbildung, zur Gefährdung der Jugendlichen, zum Verlust ihres Leistungswillens.

Insgesamt waren im Jänner fast 200.000 Arbeitssuchende gemeldet - ein Rekord seit vielen Jahren. Obwohl es derzeit einen Aufschwung gibt.

Das Mallorca-Paket als gravierendes Beispiel der sozialistischen Belastungspolitik hat die Leistungsfähigkeit Österreichs weiter behindert und hat zusammen mit dem Pensionsbelastungspaket, das Pensionskürzungen und weitere Beitragserhöhungen enthält, dazu geführt, daß aus dem angesagten Kampf gegen die Armut von Regierungsseite ein Kampf gegen die Armen geworden ist.

Um die Regierung auf die Notwendigkeit der Verbesserung der sozialen Lage in Österreich hinzuweisen, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

1. Wie bringen Sie die Tatsache, daß 1985 mit der 3,3%igen Pensionserhöhung voraussichtlich zum fünften Mal innerhalb der letzten 6 Jahre ein realer Einkommensverlust für die Pensionisten eintreten wird, in Einklang mit ihrer Regierungserklärung, wonach "der Lebensstandard der Pensionisten auch weiterhin in Übereinstimmung mit der allgemeinen Entwicklung steigen wird"?
2. Wie will die Bundesregierung weitere reale Einkommenseinbußen der Pensionisten verhindern?
3. Um wieviele Prozentpunkte lag die Pensionserhöhung 1984 aufgrund der Politik der Bundesregierung unter der Steigerungsrate des Pensionistenindex für 1984?

-5-

4. Um wieviele Prozentpunkte wird die Pensionserhöhung 1985 durch die Politik der Bundesregierung unter der Steigerungsrate des Pensionistenindex für 1985 voraussichtlich liegen?
5. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die Situation der Pensionisten im bäuerlichen Bereich zu verbessern?
6. Wie bringen Sie die Tatsache, daß es im Jänner 1985 54.000 arbeitslose Jugendliche gab, in Einklang mit der Regierungserklärung, wonach "die Bundesregierung auch weiterhin alles daran setzen wird, Jugendarbeitslosigkeit zu verhindern"?
7. Wie beurteilen Sie die Erfolge Ihrer Bundesregierung im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, angesichts der Tatsache, daß im Jänner 1985 fast 200.000 Arbeitslose gemeldet waren?
8. Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Einkommenssituation der kinderreichen Familien wird die Bundesregierung ergreifen?
9. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung gegen das von ihr bewirkte überdurchschnittliche Steigen der Kosten für Wohnen und Heizen setzen, das dazu geführt hat, daß sich eine steigende Zahl von Familien das Wohnen und Heizen nicht mehr leisten kann?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.